



## Detailansicht des Registereintrags

### Bundesverband der Personalmanager e.V.

Aktuell seit 10.06.2026 12:11:15

Eingetragener Verein (e. V.)

<b>Registernummer:</b>	R000297
<b>Ersteintrag:</b>	04.02.2022
<b>Letzte Änderung:</b>	10.06.2026
<b>Letzte Jahresaktualisierung:</b>	10.06.2026
<b>Tätigkeitskategorie:</b>	Berufsverband
<b>Kontaktdaten:</b>	Adresse: Werderscher Markt 13 10117 Berlin Deutschland  Telefonnummer: +493084859300 E-Mail-Adressen: info@bpm.de Webseiten: <a href="http://www.bpm.de">www.bpm.de</a>

**Hauptfinanzierungsquellen** (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

**Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

**Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

## **Vertretungsberechtigte Person(en):**

1. **Matthias Kempf**  
Funktion: Präsident
2. **Dr. Katharina Herrmann**  
Funktion: Geschäftsführende Vizepräsidentin
3. **Tobias Schröder-Siegert**  
Funktion: Schatzmeister

## **Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**

1. **Matthias Kempf**
2. **Dr. Katharina Herrmann**

## **Gesamtzahl der Mitglieder:**

4.447 Mitglieder am 01.06.2026, davon:

4.386 natürliche Personen

61 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

## **Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche**

---

### **Interessen- und Vorhabensbereiche (13):**

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; EU-Gesetzgebung; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsförderung; Pflege; Integration; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"

**Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.**

### **Beschreibung der Tätigkeit:**

Der Bundesverband der Personalmanager\*innen (BPM) ist die führende berufsständische Vereinigung für Personalmanager\*innen und Personalverantwortlichen aus Unternehmen, Verbänden und anderen Organisationen. Die Mitglieder sind in den verschiedensten Branchen, in allen Personalfunktionen und Führungsebenen tätig, unabhängig von der Größe der Organisation.

Der BPM entwickelt mit seinen Mitgliedern ein Leitbild des Berufsstandes und leistet einen Beitrag zu dessen Professionalisierung, Qualifizierung und Internationalisierung. Der Verband setzt sich für anerkannte Ausbildungsstandards ein und trägt dazu bei, den Austausch innerhalb des Berufsstandes zu fördern - über nationale Grenzen hinaus. Der BPM sucht den Kontakt zu anderen Verbänden und tauscht sich mit diesen zu aktuellen Themen des Berufsstandes aus. Der BPM schärft zugleich das Bild der Personalmanager\*innen in der Öffentlichkeit, den Unternehmen und Institutionen.

Der Verband zeigt "Mut zur Meinung" und bringt sich auch in aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten ein. Der BPM bündelt die Interessen seiner Mitglieder und vertritt diese gegenüber Politik, Wirtschaft und Medien. Der BPM versteht sich als überparteilicher Verband, der die Interessen von Personalverantwortlichen gegenüber Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vertritt. Er entwickelt und verdichtet Meinungsbildung innerhalb des Berufsstandes und gibt den Verantwortlichen eine Stimme. Bei all seinen Aktivitäten steht stets die Weiterentwicklung der Profession im Vordergrund, die über Vernetzung und Wissensaustausch zwischen den Mitgliedern aktiv gefördert wird.

Der BPM nimmt zu Gesetzesvorhaben öffentlich Stellung und unterrichtet seine Mitglieder über relevante Gesetzesänderungen.

Zudem ist der BPM Partner und Unterstützer von folgenden Projekten: Erfolgsfaktor Familie, Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge, Bündnis Gemeinsam gegen Sexismus und Initiative Klischeefrei.

Die Präsidentin war zudem - vor Beendigung des Programms - Teil der Jury des Equal Pay Awards, der vom BMFSFJ über das Unternehmensnetzwerk Entgeltgleichheit fördern ausgegeben wird.

## Konkrete Regelungsvorhaben (4)

---

### 1. Stellungnahme zum Koalitionsvertrag 2025

#### **Beschreibung:**

Als BPM begrüßen wir insbesondere die vorgesehene Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen – allen voran den geplanten Wechsel von einer täglichen zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebasis, zur zielgenaueren Ausrichtung sozialer Leistungen und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit gehen in die richtige Richtung. Die geplanten Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und des Arbeitsrechts könnten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und die Attraktivität des Arbeitsmarktes erhöhen. Demgegenüber sind steuerlich geförderte Gewerkschaftsbeiträge und weitere staatliche Eingriffe in die Koalitionsfreiheit (Tariftrübesetz und Vorgaben zum Mindestlohn) abzulehnen.

#### **Interessenbereiche:**

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]

### 2. Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung

#### **Beschreibung:**

Regelungsvorhaben: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften

Der BPM bezweckt zu den Themen Pflicht zur elektronischen Erfassung am Tag der Erbringung, Zielgruppe, Fortbestand der Vertrauensarbeitszeit, Tarifbindung und

Bußgeldbewährung eine Änderung im Vergleich zum RefE herbeizuführen. So soll die Bußgeldhöhe angepasst werden, Ausnahme auch für Unternehmen ohne Tarifbindung möglich sein, eine Anpassung der Ruhe- und Höchstarbeitszeit vorgenommen werden, eine Ausweitung der Ausnahmeregelungen auf Angestellte mit einem Bruttogehalt über der BBG und eine freie Wahl bei der Aufzeichnungsform.

**Betroffenes geltendes Recht:**

ArbZG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

**3. Bürokratische Hürden bei Einführung der Chancenkarte**

**Beschreibung:**

Als Bundesverband der Personalmanager\*innen begrüßen wir die Initiative des Kabinetts. Angesichts des Fachkräftemangels sind neue Initiativen zur Einwanderung dringend nötig. Mit der Chancenkarte rückt die Berufserfahrung in den Vordergrund. Dadurch können die Unternehmen mitentscheiden, welche Anwärter\*innen für ihre offenen Stellen in Frage kommen. Die bisher erforderliche vorherige Prüfung der Qualifikation war eine oft abschreckende, bürokratische Hürde.

In Zukunft soll erst nach der Einreise geprüft werden, ob die Berufsqualifikation der Bewerber\*innen gleichwertig ist. Damit dies nicht erneut zum bürokratischen Flaschenhals wird, plädieren wir für eine zügige und unbürokratische Prüfung. Nur so haben die Unternehmen und die Beschäftigten schnell Sicherheit über den Aufenthalt.

**Bundestags-Drucksachenummer:**

BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]

**4. Beteiligung an der Kommission Bürokratiearme Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie des BMBFSFJ**

**Beschreibung:**

Der BPM fordert, die EU-Entgelttransparenzrichtlinie grundlegend zu überarbeiten oder auszusetzen. Eine nationale Umsetzung müsse so bürokratiearm wie möglich erfolgen, Auskunft- und Berichtspflichten auf das notwendige Maß begrenzen und die Praxisrealität der Unternehmen berücksichtigen. Zugleich müssten Tarifautonomie und Tarifverträge umfassend geschützt, tarifgebundene Unternehmen entlastet und verpflichtende externe Kontrollstrukturen vermieden werden.

**Betroffenes geltendes Recht:**

EntgTranspG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2606040029 (PDF - 3 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 07.11.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

**Angaben zu Aufträgen (0)**

---

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

**Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

**Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

0 Euro

**Mitgliedsbeiträge**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

460.001 bis 470.000 Euro

## **Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[BPM-vorlaeufiger-Jahresabschluss-2025.pdf](#)

## **Eigener Verhaltenskodex**

---

[BPM\\_Code-of-Conduct.pdf](#)